

Blick nach Berlin: PoE im Gespräch mit der Politik

Die Bürgerbewegung Pulse of Europe e.V. hat am 12. Juni 2026 in einem offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz und weitere Spitzenpolitiker der Bundesrepublik und der EU ein entschlossenes Handeln für institutionelle EU-Reformen gefordert.

Pulse of Europe (PoE) warnt in dem Schreiben eindringlich davor, dass langwierige Blockaden und nationale Eigeninteressen das Vertrauen der Bürger in die Gestaltungskraft Europas massiv beschädigen. Die Organisation sieht Europa an einem entscheidenden Wendepunkt und nimmt Deutschland in die Pflicht.

Patricia Lips, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion (1) hatte Vertreter von PoE zu einem Gespräch in ihr Büro in Berlin eingeladen. Von Pulse of Europe waren dabei: Peter Funk (PoE Vorstand), Hendrik Michael (PoE Frankfurt), Terenzio Facchinetti (PoE Darmstadt).

Die Zukunft der EU zwischen nationaler Identität und globalem Handlungsdruck

In einem intensiven politischen Dialog haben die PoE-Vertreter und die Bundestagsabgeordnete die zentralen Herausforderungen und strategischen Weichenstellungen der Europäischen Union beleuchtet. Im Kern des Austauschs stand die Frage, wie sich die Union in Zeiten geopolitischer Spannungen, asymmetrischer Einflussnahme von außen und internen Blockaden - wie unter anderen das Einstimmigkeitsprinzip und das Vetorecht im Rat, dass die EU oft zur Geisel lokaler Wahlstrategien macht - zukunftssicher aufstellen kann. Dabei wurde deutlich: Der Handlungsdruck ist akut -- oder wie es im Gespräch treffend formuliert wurde: „**Die Zeit ist jetzt.**“

Das Fundament: Ein „Staat von Nationen“

Ein zentraler Aspekt des Treffens war die Diskussion über das institutionelle Wesen der EU. Abseits föderaler Visionen einer europäischen „Über-Nation“ stand hier ein pragmatischer, funktionalistischer Ansatz im Vordergrund: Ein **Modell des „Staates von Nationen“**. In dieser partnerschaftlichen Vision behalten die nationalen Identitäten und Interessen der Mitgliedstaaten ihre zentrale Bedeutung, tief verwurzelt in ihrer jeweiligen historischen Erfahrung. Gleichzeitig grenzt sich dieser Ansatz klar von destruktiver, souveränistischer oder nationalpopulistischer Rhetorik ab. Frau Lips und die Vertreter von PoE waren sich einig, dass der Erhalt der europäischen Grundwerte und die Notwendigkeit, die Errungenschaften der EU gegen euroskeptische Tendenzen zu verteidigen und zu erhalten, von elementarer Bedeutung sind.

Blockaden lösen, Handlungsfähigkeit stärken

Beide Seiten nannten das **Einstimmigkeitsprinzip** als eines der größten Hindernisse für ein starkes Europa. Dadurch blockierten nationale Wahltaktiken und parteipolitische Interessen zu oft strategische Entscheidungen im Rat. Aber dies muss verhindert und die Entscheidungsgeschwindigkeit drastisch gesteigert werden, um die internationale Autorität der EU in der Außen-, Sicherheits-, Industrie- und Technologiepolitik wiederzuerlangen. Da Vertragsänderungen (nach Art. 48 EUV) derzeit blockiert sind, ist es wichtig, alternative Strategien wie die Nutzung von „Passerelle-Klauseln“ zur Überwindung von Vetos auf der einen Seite und Reformen

im Zuge kommender EU-Erweiterungen auf der anderen Seite konsequent zu prüfen.

Bei Migration und Verteidigung ist schnelles und klares Handeln gefordert

In der Migrationspolitik wächst zwar das politische Bewusstsein zur Bewältigung der Lage, doch die anhaltende Unzufriedenheit in der Bevölkerung begünstigt die Anfälligkeit für populistische Argumente. Der Bedarf einer gemeinsamen Verteidigung ist bei den EU-Bürgern zwar angekommen, es mangelt jedoch an konkreten und wahrnehmbaren EU-weiten Fortschritten.

Ausblick: Vom Dialog zur konkreten Roadmap

Dieses erste Treffen hat das Fundament für ähnliche Gespräche mit weiteren verantwortlichen Akteuren der Politik gelegt. In dem intensiven, anderthalbstündigen Austausch konnte natürlich nicht alles abgedeckt werden: Neben den bereits besprochenen Themen sowie den Schwerpunkten Ukraine und dem Umgang mit der radikalen Rechten müssen darüber hinaus Zukunftsthemen wie technologischer Wandel, grüner Übergang und Wettbewerbsfähigkeit noch rascher koordiniert und adressiert werden.

Für die Fortsetzung des Dialogs – auch mit anderen Parteien und Vertretern aus weiteren Institutionen – stehen nun konkrete Leitfragen im Raum: Welche Bilanz ziehen die politischen Akteure aus ihren bisherigen Maßnahmen? Und welche messbaren Meilensteine sowie Roadmaps verfolgen sie in Deutschland und Brüssel, um den drängenden internationalen Makrotrends zu begegnen? Die Antwort darauf entscheidet letztlich über die Zukunft der europäischen Souveränität.

Weiter von uns

Die Europäische Union befindet sich unter einem Druck externer Mächte. Durch Bewegungen, die auf die Aufspaltung der Union abzielen, oder hin zu einer EU, die auf rein wirtschaftliche und nationale Interessen beschränkt wird, treiben diese Mächte die Union in Richtung Implosion. Beides ist weit von der Vision und den Werten entfernt, die in Artikel 2 des Vertrags von Lissabon verankert sind.

Diese Kräfte gehen zum einen von Putin aus, im Zusammenhang mit der von ihm angeordneten Invasion der Ukraine. Zum anderen nutzt China jede Gelegenheit, um seine Präsenz und Macht auf dem globalen Schachbrett auszudehnen – wie die neuen Beziehungen zu Putins Russland zeigen.

Unerwartet musste die EU zudem einen grundlegenden Wandel in der Politik und den Beziehungen zu ihrem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verlässlichsten Partner zur Kenntnis nehmen: den USA. Dieser Wandel geht auf die Präsidentschaft Trumps zurück, der mit dem Ziel, die Einheit der Union zu untergraben, gezielt Ideen und Unterstützung für Parteien und Bewegungen innerhalb der verschiedenen europäischen Nationen fördert. Beispiele dafür sind Ungarn unter Orban, die AfD in Deutschland sowie weitere Bewegungen in Italien, Frankreich, Spanien und weiteren Ländern. Unterstützt wird dies zusätzlich durch starke wirtschaftliche, mediale und technologische Akteure wie E. Musk und andere.

Wie Paolo Gentiloni in seinem neuen Buch „Diventare una potenza: Istruzioni per una rivoluzione europea“ (2,3) schreibt, ist es notwendig und dringend geboten, den europäischen Aufbau sichtbar und spürbar zu verteidigen und voranzutreiben.

„Deutschland kommt eine besondere Verantwortung zu“, heißt es im Brief von Pulse of Europe. „Als größte Volkswirtschaft und bevölkerungsreichster Staat der Europäischen Union kann und muss Deutschland Impulse setzen, diese Debatte vorantreiben und Brücken bauen – auch wenn dies mit politischen Schwierigkeiten verbunden ist.“

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben dem von Pulse of Europe hervorgehobenen Handlungsbedarf zusätzliche Dringlichkeit verliehen. Dass sich die AfD als so erfolgreich erwiesen hat, hängt auch davon ab, ob wir Bürgerinnen und Bürgern unsere Wünsche, Vorstellungen und Visionen einer Gesellschaft – die auf Menschenwürde (Respekt und mehr), Freiheit (Meinungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Arbeitsfreiheit), Demokratie (einer „respektvollen Macht“ in den Händen der Bürger), Gleichheit (in der Vielfalt), Rechtsstaatlichkeit (Befugnisse, die auf frei und demokratisch geschlossenen Verträgen beruhen) und Menschenrechten (dem Recht, nicht diskriminiert zu werden) beruht – nicht breit und nicht laut genug geäußert haben. Das ist ein Weckruf für uns alle.

Terenzio Facchinetti
22.09.2026

Ref.

- (1) <https://patricia-lips.de/>
- (2) https://de.wikipedia.org/wiki/Paolo_Gentiloni
- (3) www.repubblica.it/cultura/2026/09/21/news/paolo_gentiloni_non_rassegniamoci_la_nostra_europa_puo_tornare_grande-425596849/